

Omid Nouripour

Mitglied des Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen



Bundestagsbüro

Unter den Linden 50
Zimmer 2.030

10 117 Berlin

Fon (030) 227-71621

Fax (030) 227-76624

Mail

omid.nouripour@bundestag.de

Berlin, 28. September 2007

Omid Nouripour MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Europäische Kommission
Generaldirektion für Justiz, Freiheit und
Sicherheit

per Mail: JLS-asile-livre-vert@ec.europa.eu

Stellungnahme zum Grünbuch der Kommission zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem von Ihnen vorgelegten Grünbuch über das künftige Gemeinsame Europäische Asylsystem möchte ich Stellung nehmen und auf zwei der im Grünbuch gestellten Fragen eingehen.

Zu Frage 17:

Welche weiteren rechtlichen Maßnahmen könnten getroffen werden, um die Integration von Asylsuchenden und Begünstigten des internationalen Schutzes u.a. in den Arbeitsmarkt zu erleichtern?

Das Recht zu arbeiten spielt eine wesentliche Rolle bei der Integration derjenigen, denen internationaler Schutz gewährt wird. Demnach unterstütze ich ihre Einschätzung, dass eine Arbeitserlaubnis sofort erteilt werden sollte. Diese könnte sich in ihrer Ausgestaltung nach den beruflichen Erfahrungen der Migrantin oder des Migrants und den aktuellen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes richten.

Zudem sollte ein uneingeschränkter Zugang zu Integrationsmaßnahmen gewährt werden.



Zu Frage 26:

Ist Ihnen bekannt, dass es einen Finanzierungsbedarf gibt, der durch die bestehenden Fonds nicht angemessen abgedeckt wird?

Um die bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten effizienter zu nutzen und eine Komplementarität zu erreichen, kann der im Grünbuch bereits erwähnte Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wesentlich beitragen.

Es gilt allerdings klarzustellen, dass es sich dabei nicht um den Austausch von Daten einzelner Asylsuchenden handeln sollte, sondern um den Austausch von rechtlichen und strukturellen Informationen. So könnten sich die Mitgliedsstaaten beispielsweise ihre Kenntnisse über die Lage in bestimmten Transitstaaten gegenseitig zugänglich machen.

In Anbetracht der prekären Situation in einigen Transitstaaten und den Bemühungen des UNHCR dort humanitäre Hilfe bereitzustellen, sollte eine finanzielle Unterstützung der UNHCR-Missionen durch die EU generell geprüft werden.

Ich würde mich freuen wenn Sie meine Anregungen berücksichtigen werden und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Omid Nouripour, MdB